

**Bericht**  
**zur Gemeinsamen Konferenz**  
**der Verkehrs- und Straßenbauabteilungsleiter der Länder (GKVS)**  
**am 13./14. März 2013 in Kiel und zur Verkehrsministerkonferenz (VMK)**  
**am 10./11. April 2013 in Flensburg**

TOP 4.9/4.5 | Eckpunktepapier des Bund-Länder-Ausschusses „Materialprüfung“

---

## **I. Auftrag**

Die Wirtschaftsministerkonferenz hat mit Beschluss vom 3./4. Dezember 2012 den Ministerkonferenzen, so auch der Verkehrsministerkonferenz, ein Eckpunktepapier des Bund-Länder-Ausschusses „Materialprüfung“ mit der Bitte um Prüfung übermittelt. Die Wirtschaftsministerkonferenz unterstreicht in ihrem Beschluss die Bedeutung der Materialprüfung für die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands und für die Technologieakzeptanz von innovativen Produkten und Prozessen.

## **II. Eckpunktepapier des Bund-Länder-Ausschusses „Materialprüfung“**

In dem Eckpunktepapier des Bund-Länder-Ausschusses „Materialprüfung“ wird zum einen die hohe Bedeutung der Materialprüfung für den Wirtschaftsstandort Deutschland beschrieben. Zum anderen werden Handlungsfelder definiert, um dieser hohen Bedeutung in der Praxis gerecht zu werden.

### **1. Bedeutung der Materialprüfung**

Das Eckpunktepapier hebt die Bedeutung der Materialprüfung als Schlüsseldisziplin für die moderne Materialwissenschaft und Werkstofftechnik hervor. Materialprüfung sei essentieller Bestandteil der Qualitätssicherung technischer Produkte und trage so entscheidend zur Vorhersage der Lebensdauer und Verfügbarkeit von Produkten sowie zur Garantie der Sicherheit bei. Weiterhin wird im Eckpunktepapier dargestellt, dass zur Gewährleistung des bisherigen hohen Standards der Qualität und Sicherheit in Deutschland hergestellter Produkte, die notwendigen apparativen und personellen Voraussetzungen beibehalten bzw. erweitert werden sollten. Die Materialprüfung erforde-

re zum großen Teil einen erheblichen apparativen Aufwand, komplexe Prüfverfahren und dazu entsprechend gut ausgebildetes Personal, um die entsprechenden technologischen Herausforderungen zu meistern.

## 2. Handlungsfelder

Das Eckpunktepapier hebt fünf Handlungsfelder hervor, um die hohe Qualität der Materialprüfung in Deutschland sicherzustellen und deren Bedeutung für den Wirtschaftsstandort Deutschland gerecht zu werden.

- Die Bedeutung und Sichtbarkeit einer modernen Materialprüfung sollte politisch mitgetragen, verstärkt und breit unterstützt werden.
- Die apparativen und personellen Voraussetzungen in den verschiedenen Einrichtungen sollen geschaffen und erhalten werden. Dazu sollen staatliche Prüfeinrichtungen vorgehalten werden, da die Gewährleistung der technischen Sicherheit im öffentlichen Interesse liege.
- Da in der Materialwissenschaft und der Werkstofftechnik inzwischen weltweit ein erheblicher Fachkräftemangel herrsche, sollten neue Lehr- und Ausbildungsmöglichkeiten, vor allem im universitären Bereich geschaffen werden.
- Die Forschung auf dem Gebiet der Materialprüfung sollte intensiviert werden unterstützt durch entsprechende Förderprogramme.
- Die internationale Harmonisierung der Normen auf hohem Qualitätsniveau sollte politisch unterstützt werden.

## III. **Bewertung**

Das Eckpunktepapier stellt die Bedeutung der Materialprüfung und die derzeitigen Entwicklungstendenzen auf diesem Gebiet zutreffend dar. Gerade im Verkehrssektor sind die eingesetzten Materialien in den Bereichen Fahrzeuge und Infrastruktur hohen Belastungen ausgesetzt. Die Prüfung der Werkstoffe auf Reinheit, Fehlerfreiheit und Belastbarkeit ist essentielle Voraussetzung für die Gewährleistung der Sicherheit der Verkehrsteilnehmer.

Die Materialprüfung wird in hoch spezialisierten Werkstoffprüflaboren durchgeführt, die entweder produzierenden Unternehmen angegliedert (Maschinen- und Anlagenbau, Elektrotechnik, Bauwesen etc.) oder von universitären und außeruniversitären Forschungseinrichtungen betrieben werden, die sich mit Material- oder Schadensforschung befassen. Materialprüfinstitutionen stellen hohe Anforderungen an die perso-

nelle und materielle Ausstattung und sind deshalb in vielen Fällen nicht wirtschaftlich zu betreiben, da beispielsweise hochkomplexe Prüfanlagen nicht durchgehend ausgelastet werden können, für die Werkstoffforschung und/oder öffentliche Sicherheit aber von hoher Relevanz sind. Vor diesem Hintergrund werden Institutionen mit umfassender Ausstattung in der Regel von der öffentlichen Hand betrieben. Hinzu kommt, dass in Streitfällen so die notwendige Neutralität gewahrt wird. Beispiele dafür sind die Materialprüfungsämter der Länder und die Bundesanstalt für Materialprüfung (BAM) des Bundes.

Ogleich insbesondere im Verkehrsbereich der Materialprüfung und -überwachung ein herausgehobener Stellenwert zukommt und die konkrete, objektbezogene Prüfung eines Baustoffes/Materials eine bedeutende Rolle spielt, hat sich im Zuge der Umsetzung von EU-Regelungen die Materialprüfung seit Beginn der 90er Jahre zunehmend von der Werkstoffprüfung vor Anwendung zur Produktprüfung verlagert. Im Zuge dieser Entwicklung hat man in den Materialprüfungsanstalten bundesweit Kapazitäten reduziert oder vollständig geschlossen, ohne dabei zu bedenken, dass diese Kapazitäten für eine effiziente staatliche Marktüberwachung erforderlich sind. Nachdem die Wirtschaft nach anfänglicher Zurückhaltung nun selbst verstärkt eine effiziente Marktüberwachung durch staatliche Stellen fordert, um unlauteren Wettbewerb durch Billigprodukte aus Fernost zu vermeiden, bereitet die EU-Kommission eine Marktüberwachungsverordnung vor, die weit höhere Anforderungen an die Mitgliedsstaaten stellt als bisher. Im Zuge dieser Entwicklung ist mit einer steigenden Bedeutung der staatlichen und privaten Materialprüfung zu rechnen. Die Materialprüfung muss jedenfalls grundsätzlich im Vordergrund stehen und darf nicht etwa durch Systemprüfungen/Qualitätssicherungssysteme abgelöst und ersetzt werden.